

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Inserate werden die halbjährige Zeitdauer oder deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 J. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechende Rabatte.

Verantwortl. Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1366. Für Rückgabe unverlangt. Schriftliche keine Verbindlichkeit. Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Maßgabe A** mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 1,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich 4,43 K. **Maßgabe B** ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Abgeordneter Erzberger in Plauen.

Ein Zentrumsabgeordneter im evangelischen Plauen, wo die Bogen der Anti-Rom-Bewegung schon sehr hoch gegangen sind, das hat Zugkraft. Und der Name Erzberger hat Klang! Ein bedeutender Politiker, das weiß jeder. Selbst die politischen Gegner rühmen seine enorme Arbeitskraft, anerkennen seine Vorzüge, wie zum Beispiel Herr Wassermann, der von ihm sagte, daß er der beste Kenner des Etats sei. So war es voranzusehen, daß der am 22. d. M. vom Volkverein für das kath. Deutschland festgesetzte politische Vortragsabend im Saale des Innungshauses außergewöhnlich stark besucht war. Bis auf den letzten Platz war der Saal eingenommen von Anhängern aller Parteirichtungen, auch eine stattliche Anzahl Damen füllte die Galerien.

Der Geschäftsführer des Volkvereins, Herr Kaplan Schulz, eröffnete den Abend mit der üblichen Begrüßung, dankte dem Herrn Abgeordneten, daß er trotz vieler Schwierigkeiten der Einladung Folge geleistet, und erwähnte hervorhebend die Anwesenheit Sr. Erlaucht des Grafen von Schönburg-Glauchau.

Der geschätzte Redner eröffnete nun seinen Vortrag mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß er zum ersten Male die Ehre habe, in der so stark angewachsenen Metropole des Vogtlandes vor einer so stark besuchten Versammlung zu sprechen. Seine Erwartungen seien weit übertroffen. Wir können sagen auch unsere Erwartungen von dem, was uns der Redner bieten würde, sind hoch übertroffen. Bot uns doch der Herr Abgeordnete in zweistündiger freier Rede ein klares umfassendes Bild der gegenwärtigen politischen Lage, wie es eben nur ein so gewandter Meister der politischen Rhetorik zu tun imstande ist. Es sei verstanden, die Fülle des hochinteressanten, in allen Teilen wichtigen Stoffes, den der Redner in so übersichtlicher Form für uns zusammengestellt hat, rekapitulierend wiederzugeben.

Redner sprach über die „Stellung des Zentrums zur gegenwärtigen politischen Lage und zu den Neuwahlen“. Eine Verschiebung in der Politik sei jetzt insofern vor sich gegangen, als die seitberigen Objekte (Finanzreform, Sanfahnd, Sozialismus usw.) zurückgetreten sind und die Marokkofrage in den Vordergrund gerückt ist. Wie verhält sich das Zentrum zur letzteren? Kann das Deutsche Reich ruhig ansehen, wie andere Mächte den Weltmarkt okkupieren, wie ein Stück nach dem anderen die fremden Mächte an sich ziehen? Das Deutsche Reich, das von 40 auf 65 Millionen Einwohner angewachsen ist, dem der Anteil am Weltmarkt eine Existenzbedingung ist, kann es zusehen, wie andere Mächte versuchen, den deutschen Einfluß in Marokko auszuschalten? Soll es sich gefallen lassen, daß es aus dem Okkupationsgebiete Marokko verdrängt wird? Daß England sich als politischen Vormund Frankreichs aufspielt? Marokko, ein entwickelungsfähiges Gebiet, mit einem Menschenschlag von 5 bis 7 Millionen, das deutsche Industrieprodukte aufnehmen kann, soll es von Frankreich okkupiert werden?

Die Antwort eines jeden Deutschen, der für Ehre, Würde und Ansehen Deutschlands als Groß- und Weltmacht eintritt, kann nur sein: Nein! Daher begrüßt das Zentrum das zähe Durchhalten der Regierung! Marokko bietet unserer Außenpolitik die große Chance, durch Drohung, daß wir gerüstet sind, die Unabhängigkeit der deutschen Weltmacht zu proklamieren! Das gefährliche Treiben der Sozialdemokratie, im Ernstfalle hochverräterische Maßnahmen treffen zu wollen, verurteilte Redner auf das schärfste!

Redner geht sodann auf die Wirtschaftspolitik ein und betont das Festhalten der Schutzpolitik als eine Notwendigkeit für das weitere Wohlfühlen der Landwirtschaft und für den Aufschwung der Industrie. Für die Finanzen gelte die Parole: Keine Ausgabe ohne Deckung!

Sodann bespricht er die Ideale des Volkes. Den Zentrumsamen in Gegenden auszukünnen, wo die katholische Ueberzeugung zu Hause ist, in Hochburgen des Zentrums, das sei keine große Leistung, aber in einem Lande, wo die politischen und religiösen Befehrer des Zentrums arg bedrängt sind, da gelte es als besonders schönes Recht und Pflicht, die Zerstreuten zu sammeln, zu organisieren. Man könne beruhigt sein, daß die schwarze Fahne hier gehißt werden solle. Wir wollen weiter nichts als gleiches Recht, als unseren gebührenden Anteil im öffentlichen Leben. Daher erstrebt das Zentrum Freiheit aller Konfessionen, aber auch Gleichberechtigung der Katholiken. Die Gesetzgebung soll im Einklange stehen mit den Grundgesetzen des Christentums. Um dieses Ziel zu erreichen, gelte es die Sammlung aller Katholiken im Volkverein für das kath. Deutschland, der auf eine Million Mitglieder gebracht werden müsse. Rege Mitarbeit der Vertrauensmänner und aller Mitglieder. Einer der wichtigsten Punkte sei aber die Unterstützung der katholischen Presse, der „Sächs. Volkszeitung“. Dann muß das Zentrum, die Partei aller Stämme und Stände, stehen unter der Parole: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Losender Beifall dankte dem Redner für seine begeisternden Ausführungen. Schon während des Vortrages ertönte er beifällige, öftere Bravorufe. Einige „Zwischenrufe“ erwiderte der Redner prompt mit großer Heiterkeit erregenden humorgewürzten Antworten.

Der Vorsitzende forderte die Versammlung auf, etwaige Anfragen an den Herrn Abgeordneten seitens der Mitglieder des Volkvereins für das kath. Deutschland zu stellen, von welchem Rechte in zwei Fällen Gebrauch gemacht wurde. Sodann beehrte Sr. Erlaucht Herr Graf v. Schönburg-Glauchau uns mit einigen schönen Worten, die in der Mahnung ausklangen: „Christen heraus, vorwärts, mutig und treu im Kampfe für die christliche Weltanschauung. Sieg dem Kreuze!“

Oesterreich als Kolonialmacht.

Dresden, den 25. August 1911.

Wenn man die gegenwärtige Strömung in Oesterreich-Ungarn näher betrachtet, so sehen wir, daß es fortgesetzt eine Kolonialpolitik betreibt, die sich allerdings bisher nur auf Osteuropa beschränkt hat. Und es hat durch die Tat gezeigt, mit welchem Geschick es diese Politik zu treiben vermag. Was es seit 30 Jahren in den okkupierten Ländern Bosnien und Herzegowina erreicht hat, verdient das höchste Lob; es hatte sich das volle Recht auf die endgültige Annexion erworben. Nun scheint aber in den leitenden Kreisen der Plan aufgetaucht zu sein, noch weiter auf das Meer hinauszutreiben und sich auch auf dem schwarzen Erdteile an der Aufteilung aktiv zu beteiligen. Ein Zeichen ist der Bau von Dreadnoughts. Der Reichsratsabgeordnete Jergabel faßt die Stimmung maßgebender Kreise in der „Reichspost“, dem Hauptorgan der Christlichsozialen, in einem Artikel zusammen, in dem es u. a. heißt:

„Ich bedauere nur das eine, daß es vor 28 Jahren niemandem eingefallen ist, gegen Englands Machtgelüste kräftige Worte zu sprechen. Denn damals, nach dem mit englischen Gelde künstlich erzeugten Aufstande des Arabi Pascha, hat bekanntlich England auf ägyptischem Boden zum ersten Male Truppen gelandet, ohne danach zu fragen, ob nicht der eine oder andere der „Anrainer“ vielleicht berufen wäre, im alten Pharaoenreiche die Ordnung wieder herzustellen. Damals hat man wohl Italien mit der Anwartschaft auf Tripolis betrachtet, weil England einen Einspruch von dieser Seite fürchtete. Aber wo blieb Oesterreich? Das kümmerte sich zu jener Zeit um England nicht, und vice versa fand John Bull es nicht der Mühe wert, beim Wiener Kabinett um Erlaubnis zu seinem Schritte anzufuchen oder gar Kompensationen anzubieten. So konnte es geschehen, daß heute in einer Entfernung, die der Dampfer in weniger als 18 Stunden durchzweht, ein Besitz von unermesslichem Werte in englischen Händen sich befindet, den wir uns zu einer Zeit entgehen ließen, da er leicht zu bekommen gewesen wäre. Und heute? Von einem Verständnis für koloniale Erwerbungen wird wohl noch immer nicht gesprochen werden können, aber die Notwendigkeit hierfür ist da, sie kann nicht mehr hinweggeleugnet werden. Unsere Industrie ist hinsichtlich ihrer Produktion auf einem Höhepunkte angelangt, den sie nicht mehr zu überschreiten vermag, wenn nicht neue Absatzgebiete erschlossen werden. Wir mögen daher kalkulieren, wie wir wollen, wir werden zu keinem anderen Auswege kommen, als indem wir das Beispiel befolgen, das die übrigen europäischen Mächte uns schon vor mehr als zwei Jahrzehnten gegeben haben, das heißt dem Gedanken einer Kolonialpolitik näherzutreten. Vielleicht ist es aber hierzu schon zu spät? Noch nicht, aber lange dürfen wir allerdings nicht mehr zuzwarten. Gegenwärtig ist eine Neuteilung Afrikas in Sicht.“

Diese Gedanken mag besonders die Industrie und der Handel schon seit langem hegen. Man weiß auch, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand einer aktiven Kolonialpolitik sehr freundlich gegenübersteht. Man will endlich auch Weltpolitik treiben. Dazu ist die Veredlung um so mehr gegeben, wenn man sieht, daß absterbende Nationen sich Kolonialreiche geschaffen haben und durch ihre Geldmacht allein erhalten. Warum soll die Habsburger Monarchie hinter Portugal, Holland und Belgien zurückbleiben? Das Deutsche Reich könnte eine solche Politik nur mit Genugtuung begrüßen. Der Abgeordnete Erzberger führt das in einer Zuschrift an uns mit folgenden Worten aus:

„Als Reichsdeutsche haben wir es nicht zu bedauern, wenn das Nachbarland diesen Schritt bald tut, wenn auch dadurch ein neuer Konkurrent sich einstellt. Man wird sogar sagen dürfen, daß vom reichsdeutschen Standpunkte aus diese Maßnahme ebenso sehr zu begrüßen ist, wie der Bau der österreichischen Dreadnoughts. Eine internationale Kräftigung und Erweiterung der Weltmachtstellung des einen Verbündeten nützt immer auch dem anderen; ein starkes Oesterreich bringt Vorteile für ein starkes Deutschland und umgekehrt. Die Anbahnung einer österreichischen Kolonialpolitik schafft uns aber noch eine Reihe spezieller Fortschritte. Unter den Kolonialmächten war bisher nur eine deutsche; wo wir auftraten, kam Mißgunst, Reid mit kleinen Nadelstichen und entgegen. Die romanischen Staaten hielten draußen gegen uns immer zusammen, wenn auch

vielfach nur England den Ring um diese gegen uns legte. Kommt nun Oesterreich als eine weitere Kolonialmacht dazu, so stärkt dies unsere Position und erhöht unseren Einfluß. Die größeren Landbeere Europas stehen dann hinter der deutsch-österreichischen Kolonialpolitik, und das gibt dieser Gewicht. Bisher haben nur die offenen verteilten Gegner Deutschlands durch Kolonien ihr heimisches Wirtschaftsleben zu ergänzen gesucht; wenn nun ein treuer Freund Deutschlands gegenüber fremden Expansionsgelüsten mit uns erklärt: Wir sind auch noch da! so festigt das unsere Position. Das gesamte kolonialpolitische Schwerkgewicht wird hierdurch zu unseren Gunsten verschoben.“

„Man wird also in Reichsoesterreich es nicht nur ohne Mißgunst, sondern mit sichtbarer Freude vernehmen, wenn Oesterreich mit hörbarem Ruck in die Reihe der Kolonialmächte eintritt und da sich an die Seite des Reiches stellt. Ist Deutschland schon infolge der inneren Ohnmacht in der Aufteilung fremder Länderstriche nicht am besten gefahren, so war Oesterreich ganz ausgeschaltet; beide Länder aber bedeuten für Europa und den Erdball mehr als jene Staaten, die heute Weltkolonialreiche ihr eigen nennen. Beide Staaten müssen für Aufrechterhaltung des Weltfriedens gewaltige Opfer bringen; wenn sie daher nicht länger mühsig zuschauen, wie andere Nationen die Welt aufteilen, so folgen sie nur einem gesunden und berechtigten Selbsterhaltungstrieb.“

Politische Rundschau.

Dresden, den 25. August 1911.

— Gegenüber Meldungen, daß der 15. Januar 1912 als Termin für die Reichstagswahlen in Aussicht genommen sei, wird dem Wolffschen Telegraphenbureau von amtlicher Seite mitgeteilt, daß darüber noch keinerlei Bestimmung getroffen sei.

— Einführung der Kurzstunden. Nach einem Beschlusse des preussischen Kultusministeriums sollen, der „Nordd. Allgem. Zeitg.“ zufolge, die sogenannten Kurzstunden von 45 Minuten, die in den meisten Berliner höheren Lehranstalten bereits eingeführt sind, auf sämtliche höheren Schulen Preussens ausgedehnt werden. In dem Erlaß macht der Minister jedoch den beteiligten Direktoren zur Pflicht, sorgsam darüber zu wachen, daß die Hausarbeiten durch die Kürzung der Unterrichtszeit keine Zunahme erfahren, damit besonders die freien Nachmittage der körperlichen Erholung in frischer Luft und der geistigen Selbstbetätigung gewidmet werden, eventuell durch Einwirkung auf das Elternhaus. Zugleich weist der Minister darauf hin, daß die Schüler zur Teilnahme an den wahlfreien Fächern durch die Schule in keiner Weise gezwungen werden sollen.

— Der 12. Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag wurde am Dienstag in Düsseldorf eröffnet. Nach Begrüßung der Regierungsvertreter und der zahlreichen Ehrengäste durch den Vorsitzenden Klempnerobermeister Plate-Hannover wies er darauf hin, daß der diesmalige Amtstag im Zentrum der Industrie stattfindet. Trotzdem aber erblicken wir auch hier ein Blüten und Gedeihen des Handwerkes. Es geht daraus hervor, daß zwischen Industrie und Handwerk keine Gegensätze bestehen, sondern, daß Industrie, Handel und Handwerk aufeinander angewiesen seien. Der Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser und die deutschen Bundesfürsten. Darauf begrüßte als Vertreter der Reichsregierung Geheimrat Oberregierungsrat Zaup-Berlin die Tagung im Namen des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück. Er führte aus: Das Handwerk und überhaupt einen gesunden Mittelstand zu erhalten, ist immer eine der vornehmsten Aufgaben der Reichsregierung und der verbündeten Staatsregierungen gewesen und wird es bleiben. Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Franke-Berlin überbrachte die Grüße des Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Es folgten dann noch mehrere Begrüßungsansprachen, so des Landeshauptmanns der Rheinprovinz königlichen Regierungspräsidenten a. D. Dr. v. Rengers, von Vertretern der Stadt Düsseldorf, der Handelskammer Düsseldorf, der Handwerkskammer Düsseldorf und der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz. Sodann erstattete Generalsekretär Dr. Meusch-Hannover einen Jahresrückblick über die Lage des Handwerkes. Darauf sprach der Syndikus der Düsseldorfer Handwerks- und Gewerbeamtstag Dr. Wilden über kommunale Handwerksförderung. In der zweiten Sitzung wurde an erster Stelle über das Thema „Die Gründung von Einziehungsgenossenschaften“ verhandelt. Der Syndikus der Handwerkskammer Hannover Dr. Wienbeck legte der Versammlung eine Resolution vor, in der diese als ein empfehlenswertes Mittel, um das Vorkommen im Handwerke zu bekämpfen und das Gewerbe zu fördern, warm empfohlen werden. Direktor G. Meyer vom Verbands der Deutschen gewerblichen Genossenschaften wendet sich gegen die vom Sanfahnd empfohlene Diskontierung der Buchforderungen. Der Syndikus der Handelskammer Bielefeld, Sackmann, betont, daß das Vorkommen nicht mit Glacehandschuhen angefaßt werden soll. Obermeister Epp-Stettin führte aus, daß die Stettiner Handwerkskammer sich schon seit Jahren mit